

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1891

3.4.1891 (No. 90)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 3. April.

N^o 90.

Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Borauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einkaufsgebühr: die gestaltete Zeitungs- oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1891.

Nichtamtlicher Theil.

Karlsruhe, den 2. April.

In dem italienisch-amerikanischen Streitfall anlässlich der Nordthaten in New-Orleans ist ein weiterer diplomatischer Schritt nicht erfolgt; die heute aus Rom und Washington eingegangenen Nachrichten dienen lediglich zur Aufklärung über die bereits bekannt gewordenen Thatsachen. Aus ihnen ergibt sich, daß Baron Flava's Ueberreichung seines Abberufungsschreibens doch der amerikanischen Regierung nicht ganz so unerwartet kommen konnte, wie gestern aus Washington gemeldet worden war. Die „Agenzia Stefani“ erfährt von unterrichteter Seite, Baron Flava habe schon vor einigen Tagen dem amerikanischen Staatssekretär Blaine angezeigt, daß er von seiner Regierung Befehl erhalten habe, mit motivirtem Urlaub abzureisen, wenn die Regierung der Vereinigten Staaten den gestellten Forderungen nicht genüge. Als Blaine am 28. und dann wiederholt am 29. März erklärte, es sei nicht möglich, die verlangten Zusicherungen zu geben, wartete der Gesandte Italiens noch zwei weitere Tage und überreichte erst dann die bekannte (in der gestrigen Nummer unv. Blts. im Auszug mitgetheilte) Note. Wie eine Depesche aus Washington berichtet, war Blaine bis zum gestrigen Nachmittag damit beschäftigt, eine Antwort auf die Note Flava's vorzubereiten; er hatte darauf eine Konferenz mit dem Präsidenten Harrison. Aus einer Meldung der „Agenzia Stefani“ geht übrigens hervor, daß man den Stand der Sache nicht nach den erregten Aeußerungen des Washingtoner „Star“ beurtheilen darf. Während der „Star“ die italienische Regierung mit den heftigsten Vorwürfen überhäufte und Amerika als den beleidigten Theil hinstellte, hält die amerikanische Regierung an dem Bestreben, mit Italien zu einer Verständigung zu gelangen, fest. Die „Agenzia Stefani“ berichtet, daß der amerikanische Gesandte in Rom, Porter, erneute Schritte gethan hat, um eine Hinausschiebung der Angelegenheit zu bewirken. In Italien scheint die öffentliche Meinung das Verhalten des Kabinetts Rudini durchaus zu billigen, zugleich wird aber auch die zuversichtliche Erwartung betont, daß die Regierung der Vereinigten Staaten den italienischen Ansprüchen Gerechtigkeit widerfahren lassen werde.

Die neuerdings nach London gelangten Meldungen mildern einigermaßen die Besorgnis über das Schicksal der Engländer in Manipur. Zunächst bestätigt sie, daß der Generalkommissar von Assam, Quinton, nicht in dem Kampfe mit den Aufständischen gefallen, sondern in die Gefangenschaft derselben gerathen ist; sodann ist die Befürchtung, daß Kapitän Cowley, der mit 200 Mann eingeborener Infanterie nach Manipur marschirt war, in einen Hinterhalt fallen möchte, zerstreut worden. Wie dem Reuterschen Bureau aus Simla gemeldet wird, ist die Abtheilung des Kapitän Cowley mit Frau Grimwood und 6 Offizieren in Lalhimpoor (auf indischem Gebiete) angekommen. Frau Grimwood ist die Gattin des in Manipur wohnenden politischen Agenten Englands; sie entschloß, während ihr Gatte von den Eingeborenen festgehalten wird. Von der Verschlimmerung der Zustände in Manipur unterrichtet, gab Cowley den offenbar nutzlosen und gefährlichen Weitermarsch auf und kehrte mit seinen 200 Mann auf indisches Gebiet zurück. Den sofort aufgegebenen größeren Truppenmassen wird es wohl gelingen, in Manipur die englische Autorität wiederherzustellen, ehe der auführerische Geist weiter um sich greifen und sich auf die angrenzenden Gebiete des eigentlichen Englisch-Indien übertragen kann. Das 13. und 36. Infanterieregiment und das 3. Bengalische Infanterieregiment, 2 Abtheilungen Gurkhas und die 8. Bengalische Bergbatterie rücken in Eilmärschen nach Manipur.

Deutschland.

Berlin, 1. April. Seine Majestät der Kaiser traf heute, von Kiel kommend, um 3¹/₂ Uhr Nachmittags in Lübeck ein, wo Allerhöchstderselbe von seinem erlauchtem Bruder, dem Prinzen Heinrich, dem Bürgermeister Behn und dem kommandirenden General Grafen Waldersee am Bahnhof empfangen wurde. Eine große Menschenmenge brachte dem Kaiser, als Allerhöchstderselbe sodann vom Bahnhof durch die Stadt fuhr, freudig bewegte Hulbigungen dar. Unter einem prachtvollen Triumphbogen auf der Holstenbrücke begrüßte Dr. Brehmer als Vertreter der Bürgerschaft den Kaiser, dem er für den Besuch Lübecks dankte. Er hob hervor, von Alters her habe sich bei den Bürgern der Freien Stadt Lübeck die Liebe zur Heimath mit unwandelbarer Treue gegen Kaiser und Reich gepaart. Mit der Wiederaufrichtung des Kaiserthrons sei für Lübeck eine Zeit neuen Aufschwungs angebrochen; dankerkfüllt schlugen dem Kaiser

alle Herzen entgegen, und das Gelübde der Treue erneuernd bitte er, der Kaiser wolle der alten Stadt seine kaiserliche Huld gnädigst bewahren. Der Kaiser dankte wiederholt für den ihm bereiteten Empfang. Der Monarch besichtigte mit lebhaftem Interesse den Dom, die Marienkirche, sowie das Schifferhaus und verweilte an jedem der genannten Orte längere Zeit. Später fand im Rathhause ein Festmahl statt. Während desselben brachte der Bürgermeister einen Toast auf den Kaiser aus. Der Kaiser dankte für den ihm bereiteten herzlichen Empfang, der ihn tief bewegt habe. Es sei allezeit Lübecks Bestreben gewesen, dem Vaterland zu nützen. Lübecks Flotte kämpfte die Räuber nieder und öffnete den Handelsschiffen einen sicheren Port. Lübeck stehe als festes Bollwerk vaterländischer Gesinnung da. Es habe sich stets an Preußen und das Reich angeschlossen. Sein Glas gelte der ehrwürdigen Hansestadt, ihrer kerkendischen Bürgerschaft, ihrem Senat und Bürgermeister.

Ihre Majestät die Kaiserin verließ gestern Abend um 8¹/₂ Uhr Dresden mittelst Sonderzuges und traf mit ihrer Begleitung und dem Gefolge um 11¹/₂ Uhr auf der Anhalter Bahn in Berlin ein.

Ueber die heutige Geburtsstagsfeier des Fürsten Bismarck in Friedrichsruh ist zum Theil schon in der vor. Nummer ds. Blts. durch ein Telegramm aus Friedrichsruh berichtet worden. In Ergänzung dieser Mittheilungen wird über den weiteren Verlauf des Tages noch von dort gemeldet: Fürst Bismarck kehrte gegen 5 Uhr von einer Ausfahrt mit dem Herzog von Ujest nach dem Schloß zurück und begleitete sodann den Herzog zum Bahnhof, von wo derselbe mit dem Amtsrathe Diege-Barby nach Berlin zurückfuhr. An dem vom Hamburger Reichstagswahlverein veranstalteten Fackelzug nahmen gegen 3000 Personen Theil. Der Zug währte dreiviertel Stunden. Wörmann hielt an den Fürsten, der vor das Schloßpor getreten war, eine Ansprache, in der er hervorhob, er komme nicht als Vertreter einer politischen Partei, sondern als Bürger der Nachbarstadt Hamburg, um dem Fürsten ein Zeichen der Dankbarkeit zu geben für die von ihm dem Vaterlande geleisteten Dienste. Fürst Bismarck dankte bewegt und versicherte, er werde diese Anerkennung als ein theueres Vermächtniß seinen Kindern und Erben hinterlassen. Aus einer großen Anzahl deutscher Städte liegen Nachrichten über festliche Veranstaltungen zu Ehren des Fürsten Bismarck vor.

Ueber die zukünftige Verwaltung von Ostafrika hat der neue Gouverneur, Herr v. Soden, auf Grund seiner früheren Erfahrungen und der bei seinem Auftritte in der Kolonie erhaltenen Eindrücke ein Programm aufgestellt, welches der „Schles. Zeitg.“ zufolge, die Billigung der Regierung gefunden hat. Dieses Programm enthält nach der „Schles. Zeitg.“, der es allerdings überlassen bleiben muß, ihre Angaben zu vertreten, folgende Punkte: Verminderung der Schutztruppe, Steigerung der Zollerträge, Besteuerung der eingeborenen Bevölkerung, Schutz der dort arbeitenden Gesellschaften und Missionen und Entwicklung der Verkehrswege. Was zunächst die Schutztruppe betrifft, so hofft Herr v. Soden, dieselbe allmählig auf die Hälfte ihres jetzigen Bestandes herabmindern zu können. Von dieser Zahl würden etwa 200 ein sogenanntes fliegendes Corps bilden, das jederzeit dem Gouverneur zur Verfügung steht und sonst von Zeit zu Zeit Abtheilungen entsendet, die die Kolonie nach allen Richtungen hin durchstreifen, um den „Sultanen“ und der schwarzen wie arabischen Bevölkerung das Bewußtsein von der Zugehörigkeit zum Deutschen Reich stets recht lebendig zu erhalten. Die übrige Masse der Schutztruppe würde als ständige Garnisonen in die Küstenstationen und in die Stationen im Innern vertheilt werden. Auf diesem Wege glaube Herr v. Soden in die Lage zu kommen, die Kosten der Verwaltung der Kolonie, die Ausgaben für die Civilverwaltung mit eingeschlossen, mit 1¹/₂ bis 2 Millionen Mark bestreiten zu können, die bei verständiger Ausnutzung der Kolonie leicht von dieser selbst aufgebracht werden würden. Zur Erreichung dieses Ziels erachte Herr v. Soden, abgesehen von der Steigerung der Zollerträge, vor Allem eine maßvolle und rationelle Besteuerung der eingeborenen Bevölkerung für erforderlich. Eine solche Besteuerung halte Herr v. Soden um so mehr für geboten, als ja der Eingeborene von der deutschen Verwaltung durch die Sicherung seines Lebens und Eigenthums den unmittelbaren Vortheil hat. Ausgehend von der Ueberzeugung, daß die gesammte Verwaltung der Kolonien nur die Grundlage für wirtschaftliche Unternehmungen bieten soll, wolle Herr v. Soden diesen mit seiner Unterstützung folgen, nicht aber ihnen die Bahnen vorschreiben. Dieselben Grundsätze werde Herr v. Soden auch auf die Missionen anwenden und nur darauf achten, daß die Stationen der beiden in Frage kommenden Bekenntnisse wenigstens für die nächste Zeit

nicht dicht bei einander liegen. Schließlich werde Herr v. Soden der Entwicklung der Verkehrswege seine Kraft widmen, die den Handels- wie den Plantagenunternehmungen gleichzeitig zugute kommen und die Verwaltung wesentlich erleichtern würden. Sei erst das Reich in der Lage, die eigentliche Verwaltung aus den hoheitsrechtlichen Erträgen selbst zu bestreiten, dann dürfe ihm auch zuzumuthen sein, durch mäßige Zinsgarantien den Bau von Bahnen zu unterstützen.

Der „Post“ zufolge ist dem Bundesrath der Entwurf eines Gesetzes betreffend das Reichsschuldbuch nebst Begründung vorgelegt worden. Schon vor einiger Zeit wurde berichtet, daß die günstigsten Erfahrungen, welche man in Preußen mit der Anlegung des Staatsschuldbuches gemacht habe, die zuständigen Reichsbehörden zu Erwägungen über eine ähnliche Einrichtung für das Reich veranlaßt hätten. Entsprechend dem neuerlichen preussischen Vorgange soll es in der Absicht liegen, das Reichsschuldbuch von vornherein so zu gestalten, daß in dasselbe sowohl Stücke von 4proz. und 3¹/₂proz. als auch 3proz. Reichsanleihe eingetragen werden können.

Dresden, 1. April. Der verstorbene Graf Fabricé war bekanntlich nicht nur Kriegsminister, sondern auch Vorgesetzter des Gesamtministeriums und Minister der auswärtigen Angelegenheiten. Nach seinem Tode sind diese Funktionen getrennt worden. Generalleutnant Edler von der Planitz übernimmt nur die Leitung des Kriegsministeriums; der Vorgesitz im Gesamtministerium ist dagegen, zugleich mit den Funktionen eines Ordenskanzlers, dem Kultusminister v. Gerber und die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten dem Minister des Innern, v. Meißner, übertragen worden. Daß der Vorgesitz im Gesamtministerium an den Kultus- und Unterrichtsminister Dr. v. Gerber übergeht, entspricht der Thatsache, daß nach dem Tode des Grafen Fabricé Herr v. Gerber am längsten (seit 1871) Minister ist. Herr v. Meißner ist erst kürzlich, als Nachfolger des Herrn v. Köstlich-Wallwitz, in das Ministerium berufen worden, so daß er und der Edle von der Planitz die beiden im Amte jüngsten Mitglieder des Ministeriums sind. Es mag übrigens bemerkt werden, daß im laufenden und im vorangegangenen Jahr sämtliche sächsische Ministerposten eine neue Besetzung erfahren haben, da auch der Finanzminister v. Thümmel erst seit dem vorigen Jahr sein Amt versieht.

Dem „Dresdener Journal“ entnehmen wir folgende Angaben über die bisherige militärische Laufbahn des neuernannten sächsischen Kriegsministers Edlen von der Planitz: Wie seiner Zeit der nach dem Feldzuge 1866 zurückgetretene Kriegsminister v. Rabenhof ist der soeben von Seiner Majestät dem König zum Kriegsminister und Generalleutnant ernannte Generalmajor Edler v. d. Planitz aus der Artillerie hervorgegangen. Derselbe wurde im Jahre 1837 zu Johannisgrün bei Auerbach geboren, trat in seinem 16. Lebensjahre in die Artillerieschule zu Dresden ein, die er am 1. April 1855 nach bestandenen Offiziersexamen als Portepierjunker verließ, um beim Königl. sächsischen Artilleriecorps Anstellung im aktiven Militärdienst zu finden. Das Jahr 1856 brachte am 1. Oktober ihm die Ernennung zum Lieutenant im damaligen Fußartillerieregimente. Als solcher wurde er bereits im Jahre 1861 in die taktische Abtheilung des Generalstabes befehligt und bei der Mobilmachung der zur Bundesexekution nach Holstein bestimmten sächsischen Brigaden im Spätherbst 1863 im Stabe des kommandirenden der Bundesexekutionsstruppen, Generalleutnant v. Galt, verwendet. Nach Beendigung des damaligen Ostpreussenzuges wurde Lieutenant v. d. Planitz à la suite der Armee verlegt, um militärwissenschaftliche und Sprachstudien im Auslande zu machen. Die politischen Verhältnisse des Frühjahres 1866 ließen ihn vorzeitig von seinem Urlaube zurückkehren; er fand beim Wiedereintreffen seine Ernennung zum Oberleutnant mit einem Patente vom 23. Oktober 1865 vor. In der Ordnung des mobilen sächsischen Armee-corps finden wir den damaligen Oberleutnant v. d. Planitz 1866 als Generalstabsoffizier der sächsischen Reiterdivision „von Fritsch“ zugetheilt. Im Jahre 1867 zum Adjutant bei Seiner Königl. Hoheit dem damaligen Kronprinzen Albert von Sachsen ernannt, wurde er noch in demselben Jahre zum Hauptmann befördert. In dieser bevorzugten Stellung verblieb Dr. v. d. Planitz zwei Jahre, wurde dann zur Dienstleistung beim Großen Generalstab nach Berlin befehligt und bei Ausbruch des Krieges 1870 zunächst im Generalstab des Königl. sächsischen 12. Armee-corps und nach Errichtung einer 4. Armee in gleicher Stellung beim Oberkommando der Maasarmee verwendet. Im Jahre 1871, nach Auflösung des Oberkommandos der Maasarmee, wurde Hauptmann Edler v. d. Planitz erneut zum Großen Generalstab nach Berlin befehligt. In diesem Kommandoverhältnisse verblieb er, bis er im Jahre 1874, nachdem er bereits am 24. Februar jenes Jahres zum Major befördert worden war, zum Königl. sächsischen Militärbefehlshaber beim Bundesrath in Berlin ernannt wurde. Seine Beförderung am 12. Sept. 1879 zum Oberleutnant und am 17. Sept. 1882 zum Obersten änderten zunächst nichts an der Stellung des à la suite des Königl. sächsischen Kriegsministeriums geführten Stabs-offiziers, dagegen brachte das Jahr 1883 seine Ernennung zum Chef des Generalstabes des sächsischen Armee-corps, der im Jahre 1888 seine Be-

Förderung zum Generalmajor folgte. General v. d. Planig verblieb in der Stellung eines Generalstabschefs bis zum Jahre 1889, wo er zum Kommandeur der Sächsischen Grenadier-Brigade Nr. 45 ernannt wurde.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 1. April. Nach mehrtägiger Unterbrechung fand gestern, nachdem eine Besprechung der österreichischen mit den ungarischen Delegirten vorangegangen war, eine Sitzung der Kommissäre Oesterreich-Ungarns und Deutschlands über den Abschluß eines Handelsvertrags zwischen beiden Reichen statt. Das „Fremdenblatt“ sagt über den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen: „Die bereits vor einigen Tagen gemeldete günstigere Stimmung, welche in den deutschen Regierungskreisen bezüglich des Zustandekommens dieses Vertrages herrscht, läßt es nun wohl als unzweifelhaft erscheinen, daß die Verhandlungen jetzt ohne weitere Fährlichkeit einen günstigen Verlauf nehmen werden. Wohl dürfte es in den Details und bei der Redaktion des Vertrages noch zu eingehenden Debatten kommen, aber bezüglich der Größe und des Umfanges der beiderseitigen Konzessionen dürften wohl alle Schwierigkeiten überwunden und jene Differenzen ausgeglichen sein, welche bis vor kurzem mitunter einen günstigen Ausgang weniger sicher erscheinen ließen.“ — In Bezug auf den Maurerstreik in Prag wird berichtet, daß die streikenden Maurer sich im Allgemeinen ruhig verhalten. Auf zahlreichen Baustellen wird fortgearbeitet, ebenso auf dem Ausstellungsplatze, theilweise unter polizeilicher Bewachung. Zu einer heute Nachmittag nach Straßnitz einberufenen Versammlung hatten sich 1000 Maurergehilfen eingefunden; sie wurden von der Polizei mühelos zerstreut.

Italien.

Rom, 1. April. Wie der Pariser „Gaulois“ berichtet, hat dessen hiesiger Korrespondent eine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Rudini über die Ziele des neuen italienischen Ministeriums gehabt. In wie weit die Mittheilungen des Korrespondenten tatsächlich den Äußerungen Rudini's entsprechen, darüber läßt sich natürlich kein Urtheil fällen; aber im allgemeinen klingt der Bericht ganz glaubwürdig. Der Gewährsmann des „Gaulois“ erzählt, der Marquis Rudini habe erklärt, die italienische Regierung wünsche den Frieden in Europa aufrecht zu erhalten, und sie arbeite ausschließlich für diesen Zweck. Der Dreibund habe Europa eine lange Zeit des Friedens gegeben. Dies beweise, daß der Dreibund niemanden bedrohe. Die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zustandes durch den Dreibund könne nur denen mißfallen, die einen Sprung in's Unbekannte thun wollen. Italien müsse für sich, seine Verbündeten und für Frankreich alles beiseitigen, was den Frieden und die Ruhe Europas, deren Italien im Hinblick auf seine innere Politik durchaus bedürfe, gefährden könnte. Der letzte Beschluß der italienischen Kammer und die Zusammensetzung des Kabinetts beweise das. Die einfache, offene und ehrliche Politik Italiens werde alle Zweifel und Mißverständnisse beseitigen, was übrigens schon um deswillen leicht sei, weil Italien von Frankreich nichts verlange als Wohlwollen gegen Wohlwollen. Die Gemeinschaft der Interessen zwischen beiden Ländern werde das Uebrige thun.

Frankreich.

Paris, 1. April. Nach Mittheilungen aus Saigon ist der russische Großfürst-Thronfolger von dort nach Hongkong abgereist. Die Bevölkerung begrüßte ihn gestern, als er sich zu dem ihm von den Offizieren des Landheeres und der Flotte gegebenen Valle begab, mit Wärme. Der Thronfolger sprach dem französischen Generalgouverneur, sowie dem Admiral Besnard seinen wärmsten Dank aus. — Gegenüber dem im „Gaulois“ enthaltenen Bericht über eine Unterredung mit dem italienischen Ministerpräsidenten Rudini (vergl. die Mittheilung unter „Rom“) spricht sich von den größeren Pariser Blättern heute nur die „Liberté“ aus. Das Blatt bemerkt, Frankreich müsse Italien gegenüber, solange letzteres dem Dreibund angehört, in der Reserve und Defensiv verharren. (Diese Reserve schließt aber doch ein freundliches Verhalten zwischen den beiden Ländern nicht aus und Rudini hat dem französischen Journalisten ja auch gesagt, Italien erwarte von Frankreich nicht mehr als Wohlwollen gegen Wohlwollen.) — Der seit gestern hier tagende internationale Kongreß der Bergarbeiter setzte heute seine Verhandlungen fort. Ein Antrag, die Reden auf 10 Minuten, die Entwicklung von Anträgen auf 5 Minuten zu beschränken, wurde trotz der Opposition deutscher und französischer Theilnehmer angenommen. Bezüglich der Abstimmungsart beantragten die Engländer, es solle je eine Stimme für 1000 Arbeiter erteilt werden. Der deutsche Delegirte Siegel sprach gegen den englischen Antrag; der Mächtigere dürfe den Andern seinen Willen nicht diktiren. Er beschwor die Engländer, ihren Antrag zurückzuziehen, damit der Kongreß an nützliche Arbeiten herantreten könne. Wasly und der Belgier Calwaert sprachen sich in demselben Sinne aus. Hierauf wollte der Belgier Defuot das Wort nehmen. Der Vorsitzende Picard handhabte lebhaft die Präsidentenglocke, Wasly wand ihm die Glocke aus den Händen, worauf Picard, sichtlich unzufrieden (diese Unzufriedenheit ist erklärlich!) den Präsidentenplatz verließ. Von den Galerien wurde Zischen gehört. Als die Ruhe wieder hergestellt war, nahm Picard wieder seinen Platz ein und die Diskussion wurde fortgesetzt. Schließlich wurde die Berathung auf morgen vertagt. (Auf die Bergarbeiter, die ihre Vertreter nach Paris geschickt haben, muß dieser Streit der Delegirten recht erbaulich wirken.)

Spanien.

Madrid, 31. März. Wie man der „P. R.“ berichtet, ist der Schiedspruch der spanischen Regierung in Betreff

der zwischen den Vereinigten Staaten von Venezuela und der Republik Columbien schwebenden Grenzstreitigkeit erfolgt. Die genannten südamerikanischen Staaten hatten sich bereits im Jahre 1882 an die spanische Regierung mit dem Ansuchen um Uebnahme des Schiedsgerichtes in dieser Angelegenheit gewendet. In Madrid, wo dieser Schritt als ein erfreuliches Zeichen für das Schwinden des zwischen jenen Staaten und ihrem Mutterlande bestandenen Grobgesanges angesehen wurde, hatte man diese Aufgabe bereitwillig übernommen. Die zur Lösung derselben erforderlichen Arbeiten der hierfür im November 1883 von der spanischen Regierung ernannten technischen Kommission gestalteten sich aber sehr schwierig und langwierig, was begreiflich erscheinen muß, wenn erwogen wird, daß das strittige Territorium nicht weniger als zwölf geographische Breitgrade umfaßt. Der Schiedspruch wurde am 17. d. Mts. von der Königin-Regentin Marie Christine unterzeichnet und ist bereits im spanischen Amtsblatte veröffentlicht worden.

Portugal.

Lissabon, 1. April. Das amtliche Blatt veröffentlicht ein königliches Dekret, durch welches die Wiedereröffnung der Cortes auf den 2. Mai anberaumt wird. Ob die Sitzung von den Blättern angekündigte Umgestaltung des Lissaboner Kabinetts noch vor dem Wiederbeginn der parlamentarischen Arbeiten erfolgen wird, ist zweifelhaft. Diese Umgestaltung würde mit Rücksicht auf das neue englisch-portugiesische Kolonialabkommen erfolgen und es ist nicht bekannt geworden, daß dieses Abkommen in letzter Zeit so weit gefördert worden ist, daß seine Vorlegung an die Cortes bald geschehen könnte.

Dänemark.

Kopenhagen, 1. April. Der Reichstag ist heute geschlossen worden, ohne daß die beiden Häuser des Reichstags sich über das Budget verständigt hätten. Der König erließ daher heute ein provisorisches Finanzgesetz, das die Regierung ermächtigt, die bestehenden Steuern und Auflagen fortzuerheben und die notwendigen Ausgaben innerhalb der Beträge der Budgetvorlage zu bestreiten.

Serbien.

Belgrad, 1. April. Die Skupstina genehmigte die vom Kriegsminister für die Ausrüstung des Heeres beantragte Anleihe im Betrage von 10 Millionen und nahm ferner Ergänzungsbestimmungen zu dem neuen Gesetz über die Kapitalumschlagsteuer an.

Bulgarien.

Sofia, 1. April. Die Untersuchung wegen des Attentats auf Stambuloff und Belschoff wird eifrig fortgesetzt; über das Ergebnis derselben verlautet jedoch nichts Näheres. Täglich werden neue Verhaftungen vorgenommen, während einige früher verhaftete Personen freigelassen worden sind.

Beitragstimmen.

Ueber das bürgerliche Gesetzbuch und die Sozialpolitik äußert sich die „Kölnische Zeitung“ folgendermaßen: „Das Organ der sozialdemokratischen Partei hat jüngst darauf hingewiesen, daß in der neuen Kommission für die Ausarbeitung des bürgerlichen Gesetzbuches die Richtung, welche der Sozialdemokratie am nächsten liege, gar nicht vertreten sei, und hierin einen empfindlichen Mangel erblickt, der auf den Inhalt und die Fertigstellung des Gesetzbuches nicht ohne Folgen bleiben könne. Es wäre nun aber dem Bundesrathe bei bestem Willen nicht möglich gewesen, in der deutschen Juristenwelt einen Mann zu finden, der sich rückhaltlos zu der Fahne des Sozialismus bekannt man müßte denn gerade den Berliner Rechtsanwalt nehmen, der im Reichstage die juristische Rechte der sozialdemokratischen Partei ist. Ein Sozialdemokrat kann überhaupt an einem Gesetzbuche, welches das Privateigentum, die Ehe und das Erbrecht anerkennt, gar nicht mitarbeiten, denn für ihn sind diese Einrichtungen ja durchaus dem Untergange gewidmet, und es wäre deshalb nur eine Verleugnung seiner Grundsätze, wenn er zu deren Regelung seine Hand bieten wollte. In der Kommission ist deshalb für Sozialdemokraten kein Platz. Daß dagegen die sozialpolitische Richtung unserer Zeit, welche in dem ersten Entwurfe vernachlässigt wurde, in dem neuen zu ihrem Rechte kommen wird, dafür bürgt nicht nur die Zusammensetzung der Kommission, sondern vor allem die Persönlichkeit des Vorsitzenden, des Staatssekretärs Dr. Hoffe. Durch seine bisherige Thätigkeit hat derselbe in ausreichender Weise den Nachweis geliefert, daß er der wärmste Freund der sozialpolitischen Entwicklung und Ausübung des Rechtes ist, die ausgezeichneten Kenntnisse, über welche derselbe auf dem Gebiete der Sozialpolitik verfügt, werden auch dem bürgerlichen Gesetzbuche zugute kommen und es ist nicht zweifelhaft, daß es der Kommission unter seiner Leitung gelingen wird, den herrschenden Anschauungen auch zu dem Gesetzbuch Eingang und Ausdruck zu verschaffen, welches die Rechtsinheit auf bürgerlichem Gebiete verwirklichen soll. Selbstverständlich muß hierbei mit größter Vorsicht verfahren und vor allem verhütet werden, das Gesetzbuch zu einem Versuchsfelde für unreflektirte Ideen werden zu lassen; die Gefahr, die hierin liegt, ist eine sehr erhebliche und war viel eicht zu seiner Zeit größer als in unseren Tagen, wo der sozialistische Gedanke mit Recht als der maßgebende und leitende für das staatliche und gesellschaftliche Leben betrachtet wird.“

Der Berliner Mitarbeiter der Wiener „Politischen Korrespondenz“ schreibt: „Die fortgesetzten Bemühungen der amerikanischen Presse, durch Verbreitung von Nachrichten über zu erwartende schwere Repressalien, die Aufhebung des Verbots der Schweinefleischinfuhr erzwingen zu wollen, sind einigermaßen auffallend. Die Sache wird so systematisch betrieben, als sei von solchen Drohungen wirklich ein Erfolg zu erwarten, was ganz ausgeschlossen ist. Die Regierung sieht noch immer genau auf dem Standpunkte, den der Staatssekretär des Innern am 22. Januar bei Beantwortung der bekannten Interpellation entwickelte, daß nämlich die Reichsregierung keineswegs das Fleischinfuhrverbot für alle Zeit aufrecht zu erhalten beabsichtigt, sondern nur so lange, als die Gefahr besteht, welche durch das Einfuhrverbot abgewendet werden soll. Es handelt sich also ausschließlich um gesundheitliche und veterinär-polizeiliche Rücksichten, keineswegs aber um protektionistische. Daß die nöthigen Bürgschaften in dieser Hinsicht bestehen, ob beispielsweise eine Gewähr dafür vorhanden ist, daß bei der gegenwärtig in den Vereinigten

Staaten herrschenden Schweinecholera nicht die Produkte getödteter Thiere, die von dieser Krankheit befallen waren, mit für die Ausfuhr verarbeitet werden, ist bis jetzt noch sehr zweifelhaft. Was bis jetzt an vorgeschriebenen Maßregeln gegen derartige Gefahren obligatorisch vorhanden war, reicht jedenfalls nicht aus. Ob sich dies, wie in Aussicht gestellt, bessern, und damit die Möglichkeit verstärken wird, der durchaus nicht grundlos ausgeschlossenen Ausfuhr des Verbot's näher zu treten, hängt von dem weiteren Vorgehen der amerikanischen Regierung ab.“

Die „Berl. Vol. Nachr.“ schreiben: „Eine große Rolle im gesammten staatlichen Arbeiterversicherungsweisen spielt der sogenannte ortsübliche Tagelohn. Für die Krankenversicherung kommt er in Betracht bei der Festsetzung der Geldunterstützung, für die Unfallversicherung bei der Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes der jugendlichen Arbeiter und eventuell bei Berechnung der Höhe der Rente, für die Invaliditäts- und Altersversicherung bei der Begrenzung der Versicherungsfrist und bezüglich der außerhalb der Zwangskrankentassen stehenden Versicherten auch bei der Einreihung in die Lohnklassen. Es ist nur natürlich, daß man einem Momente, welches mit der Erweiterung der Versicherung eine immer steigende Bedeutung erlangt, auch erhöhte Aufmerksamkeit zuwendet. Zuerst erschien der ortsübliche Tagelohn im Krankenversicherungsgesetze. Der § 8 des letzteren bestimmt die bei der Festsetzung thätigen Behörden, sowie die Unterscheidungen, welche dabei zwischen den einzelnen Arbeiterkategorien nach Geschlecht und Alter gemacht werden sollen. Bei der Reform der Krankenversicherung, die gegenwärtig im Gange ist, hat man auch die Vorschriften über den ortsüblichen Tagelohn etwas erweitert. In der Krankenversicherungs-Novelle, welche von den verbündeten Regierungen dem Reichstage unterbreitet wurde, war neu bestimmt, daß die Beträge der festgesetzten ortsüblichen Tagelöhne in den für amtliche Bekanntmachungen bestimmten Blättern veröffentlicht werden sollten, sowie daß bei der Festsetzung der Beträge außer den bisherigen Unterscheidungen eine solche auch zwischen jugendlichen Arbeitern und Kindern gemacht werden könnte. Die Reichstagskommission, welche zur Vorberathung der Novelle niedergesetzt war, hat diese Erweiterungen gebilligt und noch hinzugefügt, daß Änderungen in der Festlegung der ortsüblichen Tagelöhne erst 6 Monate nach der Veröffentlichung in Kraft treten sollen. Außerdem aber hat die Kommission dem Plenum vorgeschlagen, eine auf den ortsüblichen Tagelohn bezügliche Resolution anzunehmen. Darin werden die verbündeten Regierungen ersucht, die geeigneten Maßregeln zu ergreifen, daß in sämtlichen Bundesstaaten die Feststellung der ortsüblichen Tagelöhne nach thunlichst gleichen Grundsätzen und dem tatsächlichen Tagelohnsgrade gewöhnlicher Tagearbeiter entsprechend erfolge. Der erste Vorschlag ist durchaus zu billigen und annehmbar, auch ausführbar. Eine vom Bundesrathe ausgehende Verordnung könnte hier wohl die gewünschte übereinstimmende Regelung herbeiführen. Weit schwieriger stellt sich jedoch die Ausführung der Aufforderung zur Festlegung des ortsüblichen Tagelohns entsprechend den tatsächlichen Tagelohnsagen. Der ortsübliche Tagelohn wird für die größeren Städte und für die Kreise gesondert festgesetzt. Er erreicht für erwachsene männliche Arbeiter die Höhe von 3 M. und darüber und steigt herab auf 1 M. und darunter. Gegenwärtig wird er festgesetzt auf Grund von Beobachtungen der gesammten Arbeiter- und Arbeitsverhältnisse des betreffenden Festsetzungsbezirks. Man beachtet dabei in erster Reihe allerdings die bekannten wirklichen Löhne, aber nicht diese allein, sondern auch die Preisverhältnisse der Lebensmittel, Wohnungsverhältnisse etc. Das von der Reichstagskommission aufgestellte Verlangen geht dahin, die tatsächlichen Löhne gewöhnlicher Tagearbeiter zur ausschließlichen Unterlage für die Festlegung des ortsüblichen Tagelohns zu machen. Die nicht zu umgehende Voraussetzung hierfür wäre aber eine genaue Lohnstatistik. Die Gemeindebehörden müßten über alle beschäftigten gewöhnlichen Tagearbeiter von den Arbeitgebern beglaubigte Lohnlisten einfordern, die Beträge zusammenstellen und dann das Mittel aus der Gesamtsumme als ortsüblichen Tagelohn proklamiren. Ein solches Verfahren läßt die Gewähr mathematischer Genauigkeit, ob es aber ohne weiteres durchführbar ist, und namentlich ob die dafür zu machenden Anstrengungen im Verhältniß zur Größe des Erfolges stehen, ist doch fraglich.“

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 2. April.

Heute Vormittag empfing Seine königliche Hoheit der Großherzog den Finanzminister Dr. Elstätter zu längerem Vortrag und nahm dann die Meldung der nachbenannten Offiziere entgegen: des Obersten Hagemeier, genannt von Niebelschütz, Kommandeur des 1. Badischen Feld-Artillerie-Regiments Nr. 14, des Oberstlieutenants von Schmidt, Kommandeur des 1. Badischen Leib-Dragoner-Regiments Nr. 20, des Oberstlieutenants von Garnier, in Vertretung des Kommandeurs des 1. Badischen Leib-Grenadier-Regiments Nr. 109, behufs Uebergabe der Monatsrapporte, des Oberstlieutenants Castenhuber, Abtheilungschef im Ingenieur-Komitee, bisher Ingenieur-Offizier vom Platz in Straßburg i. E., des Majors von Keiser, Ingenieur-Offizier vom Platz in Straßburg i. E., bisher im Kriegsministerium, des Majors von Hoff, Bataillonskommandeur im 4. Badischen Infanterie-Regiment Nr. 112, bisher im Generalstab des 7. Armeecorps, des Majors Briesen, etatsmäßiger Stabsoffizier im Magdeburgischen Infanterie-Regiment Nr. 10, bisher im Magdeburgischen Dragoner-Regiment Nr. 6 und Adjutant beim Generalkommando des 14. Armeecorps, des Hauptmanns Freiherrn von Jedlich und Rentkirch, à la suite des 1. Badischen Leib-Grenadier-Regiments und Mitglied der Gewehr-Prüfungs-Kommission, des Hauptmanns Schöpflin im Infanterie-Regiment Nr. 135, Führer der Stamm-Kompagnie des Lehr-Infanterie-Bataillons, und des Hauptmanns J. D. Rückert, früher im Infanterie-Regiment Freiherrn von Sparr (3. Wehrfähiges) Nr. 16. Darnach erteilte Seine königliche Hoheit dem Professor Dr. Weber von Bonn, Generalvikar des Bischofs Dr. Reinkens, Audienz. Nachmittags hörte der Großherzog verschiedene Vorträge und arbeitete dann mit dem Legationsrath Dr. Freiherrn von Bado bis zum späteren Abend.

*(Groß. Hoftheater.) In der Sonntags-Vorstellung „Götterdämmerung“ wird Herr Ferdinand Jäger, der namentlich in dieser Rolle allseitig anerkannt und günstig beurtheilt wird, den Siegfried singen. Er kommt dazu von Wien her, wo

er bei den Aufführungen des „Ring des Nibelungen“ wiederholt mit Erfolg die Tenorpartien als Gast in Händen hatte.

Δ (Ausstellung.) Gestern Nachmittag wurde im kleinen Saal der Festhalle eine Ausstellung weiblicher Handarbeiten der Volksschulen des Amtsbezirks Karlsruhe eröffnet. Die Anwesenheit Ihrer Königlichen Hoheit der Großherzogin gestattete die Eröffnung zu einem schönen Feste. Die Hohe Frau wurde von dem Vertreter der Behörden in den Saal geleitet und durch ein Lied der Oberklassen der Mädchenschulen begrüßt. Herr Stadtrat Böck eröffnete die Ausstellung unter Hinweis auf die Schwierigkeiten, welche der Einführung dieses Unterrichtszweiges besonders in den Volksschulen entgegenstanden. Den Bemühungen Ihrer Königlichen Hoheit sei es zu danken, daß der Arbeitsunterricht für Mädchen sich rasch zu so schönen Erfolgen, wie die Ausstellung sie zeigt, emporgeschwungen habe. Sie solle nicht künstlerische Leistungen aufweisen, sondern nur darthun, wie dem Gesetze Genüge geschehe. Der Redner nahm auch Veranlassung, allen, die das Unternehmen gefördert, herzlich zu danken. Herr Kreisrath Dr. Wegoldt zog einen Vergleich zwischen früher und jetzt. Vor 30 Jahren hätte man nur Arbeiten von befähigten Mädchen und solchen aus besseren Familien ausstellen können. Heute sei durch die liebevolle und eingehende Sorgfalt, die diesem Unterricht zu Theil wird, die weibliche Handfertigkeit ein Gemeingut aller Klassen geworden. Auch in erzieherischer Hinsicht sei dieser Unterricht von großer Bedeutung. Zum Schluss theilte der Redner das Ergebnis des Preisgerichts für die ausgestellten Arbeiten mit. Vom Kreisaußschuß waren 240 M. zu 12 Bäumen gegeben, die in je vier Beträgen von 30, 20 und 10 M. zur Vertheilung an Lehrerinnen der Volksschulen und der einfachen städtischen Schule kamen. Diese Preise erhielten die Lehrerinnen Eved-Dozland, Salzer, Vöhrer und Gapp-Karlsruhe, Witt-Eggenstein, Erb-Daasfeld, Goresflo-Staffort, Schäfer-Ruppurr, Schaub-Bulach, Girard-Friedrichthal, Beder-Graben und Kunz-Grünwintel. — Für die Lehrerinnen der erweiterten Mädchenschulen hier waren vom Stadtrat 180 M. zur Verfügung gestellt. Davon wurden 6 Preise in 3 Abtheilungen von je 40, 30 und 20 M. an folgende Lehrerinnen gegeben: Soder, Bierheller, Wieser, Stibel, Keller und Weber. Das Preisgericht war bei den durchgängig vorzüglichen Leistungen in großer Belegenheit. Die Preise sollen nicht eine besondere Ehre für die einzelnen, sondern eine Anerkennung und Aufmunterung für die Gesamtheit sein. Der Verbrüderungsverein betheiligte sich an der Feier durch einen schönen Vortrag des Liedes „O, Schutzgeist aller Schönen!“ Die Ausstellung bleibt bis Freitag Abend geöffnet.

*** (Der Oberbürgermeister Bauer)** erhielt von Herrn Bankier Strauß, der in einem an die Brandstätte in der Seminarstraße unmittelbar angrenzenden Hause wohnt, die Summe von 200 M. mit dem Ersuchen übermitteln, diesen Betrag an solche hiesige Feuerwehrmänner zu vertheilen zu lassen, welche bei dem in der Nacht vom letzten Samstag zum Sonntag in der Seminarstraße ausgebrochenen Brande thätig waren und hilfsbedürftig sind.

*** (Der Allgemeinen Volksbibliothek)** wurde von der Generaldirektion der Staatseisenbahnen und vom Oberschulrath auch dieses Jahr wieder, wie früher, ein Beitrag von je 100 Mark zugewendet.

□ (Bismarck-Feier.) Der Geburtstag des Fürsten Bismarck wurde gestern vom hiesigen Nationalliberalen Verein unter zahlreicher Theilnahme von Mitgliedern und Gönnern durch ein Bankett im Eintrachtssaal gefeiert. Außer einer Musikkapelle wirkte der Gesangsverein „Vereboralle“ unter Herrn Gagens Leitung bei der Feier mit. Der Vorsitzende des Nationalliberalen Vereins, Herr Stadtrat Reichlin, eröffnete das Bankett mit einer heraldischen Begrüßung der Erschienenen, worauf nach der Festrede durch einen Männerchor Herr Professor Müller die Rednerbühne betrat, um den ersten Toast auszubringen, des unsern Kaiser Wilhelm und unsern Großerzog galt. Begleitet wurde in das vom Redner ausgebrachte Hoch einstimmt und lebend die Nationalhymne gesungen. Die Aufgabe, die Verdienste des Fürsten Bismarck um die Wiedererrichtung des Deutschen Reichs zu feiern, war Herrn Landgerichtsdirektor Fieser zugefallen. Der auf den Fürsten Bismarck ausgebrachte Toast fand lebhafteste Zustimmung, wie auch die in der Folge vorgelegene Anekdote eines Besichtigungstelegramms. Im weiteren Verlaufe des sehr animierten Banketts gedachte Herr Rechtsanwalt Dr. Wörter des Grafen Moltke und brachte auf ihn ein Hoch aus, das gleichfalls lebhafteste Aufnahme fand. Herr Julius Hantsch hatte dem Fürsten Bismarck ein Gedicht gewidmet, das er unter dem Beifall der Versammlung zum Vortrag brachte. Es folgten noch manche Reden, deren Wiedergabe zu weit führen würde.

Auch in anderen Städten Badens, wie in Mannheim, Baden, Vahr u. s. w., ist der Geburtstag des Fürsten Bismarck zum Anlaß feierlicher Veranstaltungen genommen worden. Mit Rücksicht auf die Knappheit des uns zur Verfügung stehenden Raumes beschränken wir uns darauf, diese Thatsache zu konstatiren, wogegen wir auf den Abdruck der uns zugegangenen Berichte verzichten müssen.

*** (Militärverein.)** Der von uns bereits angekündigte Vortrag des Herrn Ministerialpräsidenten a. D. Dr. Grimm dahier über „Die deutschen Kolonien“ wird nunmehr in der am morgigen Freitag, Abends 8 Uhr, im Saale der Bräuerei Moninger stattfindenden Monatsversammlung gehalten werden. Bei dem lebhaften Interesse, das sich gegenwärtig für unsere Kolonien fundig, darf wohl auf einen zahlreichen Besuch des Vortrags gerechnet werden.

*** (Vortrag.)** Im Verein für jüdische Geschichte und Literatur wird am nächsten Montag den 6. April, Abends 8 Uhr, Herr Professor Dr. Lehmann von Heidelberg im großen Rathhaussaal einen Vortrag über das Thema: „Arisch und semitisch“ halten.

Δ (Worheim, 1. April. (Neubau des Rathhauses.) In einer gestern abgehaltenen außerordentlichen Stadtrathsitzung wurde hinsichtlich des Rathhausbrandes beschlossen, zur Beseitigung der Gefahr die Brandstätte abzuräumen und einen Rathhausneubau in Aussicht zu nehmen. Ferner soll mit dem Bau eines Volksschulhauses an der Großen Gerberstraße alsbald begonnen werden, um der Volksschule die durch Benützung der Schulhalle von der städtischen Verwaltung genommenen Räume bis zum Oktober wieder zu ersetzen.

*** (Schönwald, 1. April. (Schneesturm.)** Seit 3 Tagen haben wir strengen Winter, fast beständigen Schneesturm. Der Schnee liegt, wie die „Konst. Zg.“ berichtet, nahezu metertief, so daß heute der Bahnverkehr gefährdet werden mußte.

Verstärkendes.

W. Berlin, 1. April. (XX. Chirurgen-Kongreß.) Die Deutsche Gesellschaft für Chirurgie trat heute Mittag in der

Aula der Berliner Universität zum zwanzigsten Chirurgen-Kongreß zusammen. Die Verhandlungen, welche bis zum Samstag dauern, werden diesmal von Professor Thierich aus Leipzig geleitet und in üblicher Weise Vormittags im Hörsaal des Königl. Klinikums in der Fiegelstraße, Nachmittags in der Universitätsaula abgehalten. Der heutigen Eröffnungssitzung wohnte auch der aus Ägypten zurückgekehrte Professor Koch bei. Geh. Rath v. Bergmann berichtete über das Tuberkulin und hob von neuem dessen Charakter als Heilmittel und als Spezifikum bei Tuberkulose hervor. Er besprach die bisher erzielten Erfahrungen und wies auf die bei Lupus trotz der anfänglichen Erfolge auftretenden Rezidive hin. Er forderte zur Sammlung weiterer Erfahrungen auf. Einkimmig wurde die Nothwendigkeit betont, die Forschung und Beobachtung auf Grund der Behandlung mit Tuberkulin fortzusetzen.

W. Fikelen, 1. April. (Durch eine Staublawine) sind in der vergangenen Nacht in Bräun etwa 12 Häuser und Ställe zerstört worden.

A. L. Paris, 1. April. (Der zweite internationale wissenschaftliche Katholikenkongreß) wurde heute im Saale der Geographischen Gesellschaft eröffnet. Bischof Freppel wurde zum Präsidenten gewählt, da der Altersvorsorger Rossi, der eigentlich den Vorsitz führen sollte, aus Gesundheitsrücksichten nicht kommen kann. Zum Vizepräsidenten wählte der Kongreß den Professor v. Hertling. Außerdem sind unter den Theilnehmern am Kongreß: Dr. Grauert, Redakteur der Historischen Jahrbücher in München, Professor Dr. Hüffer (Breslau), Professor Paulich (Krautau), Gieswein (Raab). Auch aus St. Paul (Minnefota), Havana, Ecuador, Bombay und Manila trafen Gelehrte ein.

Neueste Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)

Lübeck, 2. April. Seine Majestät der Kaiser fuhr gestern Abend um 9 Uhr, nachdem Allerhöchsterseits sich im Bahnhof von den Vertretern der Stadt in herzlichster Weise verabschiedet hatte, nach Travemünde, wo die Bürgerstadt eine prächtige Illumination und eine elektrische Beleuchtung des Meeres veranstaltet hatte. Der Kaiser brachte die Nacht in seinem Salonwagen zu und bestieg heute früh um 1/9 Uhr den Dampfer „Greif“. Er wurde auf der Fahrt von drei Torpedoschiffen begleitet. Die Bevölkerung hatte bis zur Schiffbrücke Spalier gebildet und den Kaiser enthusiastisch begrüßt.

Wien, 2. April. Der „Politischen Korrespondenz“ zufolge ließ die türkische Regierung auf Ersuchen der bulgarischen Regierung einige der Witschuld an dem Attentat in Sofia verdächtige Bulgaren in Konstantinopel verhaften. Der „Polit. Korr.“ berichtet man ferner, die bulgarische Regierung besäße, ohne daß die Untersuchung in Sofia bisher ein positives Resultat ergeben hätte, bereits Beweise dafür, daß ein sorgfältig vorbereitetes und weitverbreitetes Komplott bestand. Dieses Komplott habe seine Mittelpunkte in Belgrad und Konstantinopel gehabt und das Ziel sei die Ermordung Stambuloffs, Schiffstoffs und Grekoffs gewesen. In die Verchwörung seien mehrere bekannte Agitatoren in Sofia verwickelt. (Die Angaben dieses Korrespondenten lassen sich natürlich nicht auf ihre Zuverlässigkeit hin untersuchen, vielmehr muß die Verantwortung für ihre Richtigkeit dem Blatte überlassen bleiben, das den Bericht veröffentlicht. Träfen diese Mittheilungen zu, so würde die Ermordung Stambuloffs in einem wesentlich anderen Lichte erscheinen als es bis jetzt der Fall gewesen ist. Denn während man bisher annahm, die Angeln der Attentäter hätten Herrn Stambuloff gegolten und der Finanzminister Betschhoff sei als das Opfer eines Irrthums gefallen, würde nach dem Gewährungsmann der „Polit. Korr.“ eine Verchwörung zum Zwecke der Ermordung aller politischen wichtigen Mitglieder des Kabinetts bestanden haben. Schiffstoffs ist Unterrichtsminister, Grekoff Minister des Auswärtigen. Wir müssen indessen darauf hinweisen, daß die Einzelheiten der Mordthat im Stadtgarten zu Sofia nicht recht

im Einklang zu den Angaben über ein Komplott zur Ermordung Schiffstoffs und Grekoffs stehen.)

London, 2. April. Eine Versammlung von Bergleuten in der Grafschaft Gloucester, der auch der liberale Staatsmann Sir Charles Dilke beizohnte, nahm einen Protest gegen die von einem Theil der festländischen Bergarbeiter beschlossene allgemeine Arbeitseinstellung an. Der Protest wird damit begründet, daß ein solcher Streik im Hinblick auf die Interessen der englischen Bergleute unangelegentlich und verderblich sei.

St. Petersburg, 2. April. Dem hiesigen Blatte „Nowosti“ ist die zweite Verwarnung erteilt worden. Der „Regierungsbote“ begründet diese Maßregel damit, daß die Zeitung „es sich angelegen sein lasse, die Lage der Israeliten in Rußland in falschem Lichte darzustellen, und dadurch Unzufriedenheit unter ihnen erwecke“.

Großherzogliches Hoftheater.

Freitag, 3. April. 49. Ab. Vorh.: „Egmont“, Trauerspiel in 5 Akten von Goethe. Musik von Ludwig van Beethoven Anfang 6 Uhr.

Familiennachrichten.

Carlsruhe. Auszug aus dem Standesbuch-Register.
Geburten. 26. März. Karl Friedrich, B.: Friedr. Jösel, Maurer. 28. März. Elsa Emilie, B.: Aug. Heint. Döschel, Eisenbahnschaffner. — 29. März. Elisabeth Helene, B.: Karl Frhr. v. Reuffel, Oberlandesgerichtsrath. — 30. März. Luise Wilhelmine, B.: Wilhelm Göttinger, Bautechniker. — Adolf Wilhelm, B.: Jakob Bär, Juwelier. — 31. März. Richard Adolf, B.: Georg Schupp, Monteur. — Nag, B.: Moriz Schneider, Wirth. — Leopold Josef, B.: Leopold Braun, Eisenbahnschaffner.

Eheaufgebote. 31. März. Ludwig Siegmüller von St. Leon, Wagner hier, mit Helena Koch von Hadamar. — Karl Rabold von Bilsersbach, Asphalteur hier, mit Maria Spinner von Kallat. — Friedrich Müller von Ruppurr, Magazinschreiber hier, mit Wilhelmine Firsch von Leonbronn. — Eduard Weingartner von Detheim, Schmied hier, mit Thessa Strobel von Reibheim. — Georg Fischer von hier, Kaufmann hier, mit Emilie Appengeller von hier. — Christian Knapp von Dietzbach, Schmied hier, mit Friederike Flieger von Eimensefeld. — 2. April. Ludwig Raab von Hambrüden, Anstläufer hier, mit Magdalena Wenger von Nichtenau. — Karl Woodmann von Kocherhof, Mechaniker hier, mit Sofie Neuburger von hier. — Augustinus Bauer von Haueneberlein, Schreiner hier, mit Katharina Haas von Hantenbach. — Kaver Banholzer von Kaufen, Bierbrauer hier, mit Magdalena Bisp Bwe. von Heibelsheim. — Karl Schell von Ulm, Amt Wähl, Schlosser hier, mit Klacida Wild von Dettingen.

Eheschließungen. 2. April. Otto Gutman von hier, Rechtsanwalt hier, mit Ella Romberg von hier. — Ottomar Günzel von Hahn, Hodoist hier, mit Maria Obendorfer von hier. — Johann Herrmann von Hügelsheim, Schaffner hier, mit Sofie Rothard von Oberhausen. — Alfons Ritter Lemmel von Seedorf von Wien, l. u. l. Oberleutnant in Regens, mit Sofie Krummel von hier.

Todesfälle. 31. März. Rudolf Schneckenburger, Chemann, Kaufmann, 37 J. — Philomene Heint, ledig, ohne Gewerbe, 17 J. — Lisette, Ehefrau von Karl Valentin, Schreiner, 90 J. 1. April. Marie, Ehefrau von Wilhelm Wipfler, Blechner, 29 J.

Witterungsbeobachtungen der Meteor. Station Carlsruhe.

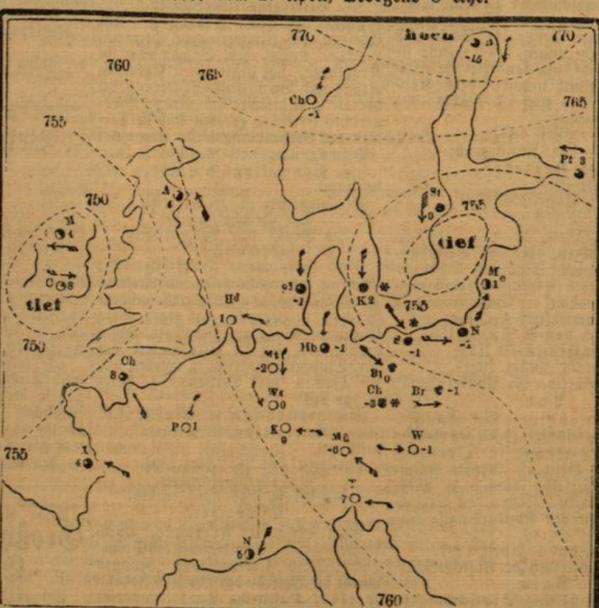
April.	Barom. mm.	Therm. in C.	Höf. Feucht. in mm.	Relative Feucht. seit in %.	Wind.	Witterung.
1. Nachts 9 U.	750.5	+ 0.3	3.8	81	E	klar
2. Morgs. 7 U. 1/2	749.2	- 1.4	3.3	83	"	"
3. Mitts 2 U.	746.8	+ 8.6	2.7	33	"	sehr wolkig

Wasserstand des Rheins. Magau, 2. April, Morgs., 351 m, gefallen 4 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Harber in Karlsruhe.

Zum Einjährig-Freiwilligen- und Führer-Examen wird im **Institut Khuen in Strassburg i. E.** mit anerkanntem Erfolg vorbereitet. — Die Zöglinge erhalten eine allgemeine wissenschaftliche Bildung, werden sorgfältig beaufsichtigt und ihr körperliches, geistiges und sittliches Wohl streng im Auge behalten. In 28 verschiedenen Prüfungen bestanden sämtliche abgehende Zöglinge der Anstalt. Die neuen Kurse beginnen am 6. April.

Wetterkarte vom 2. April, Morgens 8 Uhr.



Uebersicht der Witterung. Die gestern erwähnte Zone hohen Druckes hat sich seit gestern noch weiter ostwärts verlegt, so daß sie heute über Deutschland und Desterreich-Ungarn hinweg nach der Balkanhalbinsel verläuft; in ihrem Bereiche herrschte am Morgen vielfach hitzeres Frohweiser, nur in Nord- und Dänemark verurteilte eine über der Ostsee gelegene Depression Schneefälle. Ueber Irland liegt eine ziemlich tiefe Depression; das Erscheinen von langgestreckten Cirruswolken, sowie rascheres Fallen des Barometers deuten darauf hin, daß dieselbe ostwärts an Einfluß gewinnt, doch wird das Wetter voraussichtlich bei weiterer Zunahme der Temperaturen vorerst veränderlich bleiben. In Nordeuropa herrscht zur Zeit strenge Kälte (Saparanda -15°).

Frankfurter telegraphische Kursberichte

vom 2. April 1891.

Staatspapiere.	
3 1/2% D. Reichsanl.	86.35
4% D. Reichsanl.	106.40
4% Preuss. Anst.	106.60
4% Baden in fl.	101.60
4% in M.	103.85
Dester. Goldrente	97.40
Silberrent.	81.50
4% Ungar. Goldr.	92.60
1880r. Russen	98.70
11. Orientanleihe	76.50
Italiener compt.	93.60
Ägypter	98.—
Spanier	76.60
Zoll-Türken	92.80
5% Serben	91.70

Banken.	
Kreditaktien	267.—
Dist.-Kommandit	206.30
Basler Bankver.	161.20
Darmstädter Bank	152.—
Handelsbank	155.50
Deutsche Bank	162.50

Berlin.	
Defi. Kreditakt.	177.10
Staatsbahn	110.20
Kombarden	53.70
Dist.-Kommand.	210.70
Darmstädter	71.80
Dortmunder	72.60
Laurahütte	123.20
Tendenz:	—

Wien.	
Kreditaktien	302.50
Marknoten	56.55
Ungarn	104.95
Staatsbahn	248.75
Tendenz: fest.	—

Paris.	
3% Rente	95.20
Spanier	77 1/4
Türken	18.82
Ottomane	618.—

